



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

01. Dezember 2005

EZB PRESSENOTIZ

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie zu unserer Pressekonferenz willkommen heißen und Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Präsident der Eurogruppe, Premierminister Juncker, und Kommissar Almunia teilnahmen.

Auf der Grundlage unserer regelmäßigen Analyse der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung haben wir beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** um 25 Basispunkte anzuheben, nachdem sie zweieinhalb Jahre lang auf einem historisch niedrigen Niveau belassen worden waren. Dieser Zinserhöhungsbeschluss war erforderlich, um unseren akkommodierenden geldpolitischen Kurs anzupassen. Dabei haben wir die Risiken für die Preisstabilität, die sich aus unserer wirtschaftlichen Analyse ergaben und die mit den Ergebnissen der monetären Analyse gegengeprüft wurden, berücksichtigt. Unser Beschluss wird dazu beitragen, dass die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet auf einem stabilitätspolitisch vertretbaren Niveau solide verankert bleiben. Eine solche Verankerung ist eine Voraussetzung dafür, dass die Geldpolitik einen dauerhaften Beitrag zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums im Euroraum leisten kann. Tatsächlich sind sowohl die nominalen als auch die realen Zinssätze über das gesamte Laufzeitenspektrum hinweg weiterhin äußerst niedrig. Somit bleibt unser Kurs akkommodierend und förderte eine nachhaltige wirtschaftliche Aktivität sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir werden weiterhin alle Entwicklungen sorgfältig im Hinblick auf Risiken für die Preisstabilität beobachten.

Lassen Sie mich unsere Einschätzung näher erläutern und mit der **wirtschaftlichen Analyse** beginnen.

Die jüngsten Daten und Umfrageergebnisse deuten auf eine Konjunkturbelebung im zweiten Halbjahr 2005 hin. Ersten Schätzungen von Eurostat zufolge belief sich das reale BIP-Wachstum im dritten Quartal auf 0,6 % gegenüber dem Vorquartal (nach 0,3 % im ersten Vierteljahr und 0,4 % im zweiten Quartal). Darüber hinaus stehen die Angaben zum Unternehmensvertrauen nach wie vor weitgehend mit einem anhaltenden Wirtschaftswachstum bis zum Jahresende hin im Einklang. Was das außenwirtschaftliche Umfeld betrifft, so dürfte die weiter steigende weltweite Nachfrage die Exporte des Euroraums künftig stützen, während binnenwirtschaftlich davon auszugehen ist, dass die Investitionen von den nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen und vom robusten Wachstum der Unternehmensgewinne profitieren werden. Der private Konsum dürfte weitgehend im Einklang mit der

erwarteten Entwicklung des realen verfügbaren Einkommens zunehmen. Zugleich bestehen für die konjunkturellen Aussichten weiter Abwärtsrisiken, die sich hauptsächlich auf die höher als erwartet ausgefallenen Ölpreise, die Sorgen über die weltweiten Ungleichgewichte und das schwache Verbrauchervertrauen beziehen.

Diese Einschätzung ist weitgehend mit den von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen vom Dezember 2005 vereinbar. Für das reale BIP des Euro-Währungsgebiets werden für das Jahr 2005 Wachstumsraten zwischen 1,2 % und 1,6 % und für die Jahre 2006 und 2007 Raten zwischen 1,4 % und 2,4 % projiziert. Die jüngsten Prognosen internationaler Organisationen zeichnen ein ähnliches Bild. Für 2005 und 2006 wurden die für das reale BIP-Wachstum projizierten Bandbreiten gegenüber den Projektionen der EZB-Experten vom September 2005 leicht nach oben revidiert.

Betrachtet man die Preisentwicklung, so hatten die jüngsten Erhöhungen vor allem der Energiepreise Gesamtinflationsraten von deutlich über 2 % zur Folge. Laut der Vorabschätzung von Eurostat lag die jährliche Inflationsrate auf Basis des HVPI im November 2005 bei 2,4 %, verglichen mit 2,6 % bzw. 2,5 % in den beiden vorangegangenen Monaten. Es ist damit zu rechnen, dass sie auf kurze Sicht erhöht bleiben wird.

Bei der Interpretation der aktuellen Inflationsraten ist es wichtig, eine klare Unterscheidung zwischen temporären, kurzfristigen Faktoren einerseits und längerfristigen Faktoren andererseits zu treffen. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, eine strikt vorausschauende Perspektive einzunehmen. Diese erlaubt nicht, zu viel Optimismus aus den derzeitigen, vergleichsweise niedrigeren Raten für Inflationsmessgrößen zu schöpfen, bei denen bestimmte Komponenten wie etwa Energie und einige Nahrungsmittelgruppen herausgerechnet sind. Solche Indikatoren der „Kerninflation“ folgten zumindest in der Vergangenheit der Entwicklung der statistisch ausgewiesenen Inflation eher mit Verzögerung, als dass sie Vorlaufeigenschaften aufwiesen. Zudem ist der Anstieg der Energiepreise zum Großteil auf eine höhere weltweite Nachfrage zurückzuführen. Zwar lässt sich dieser Effekt nur schwer quantifizieren, doch erschiene es unangemessen, die Energiepreise herauszurechnen und gleichzeitig andere Positionen wie zum Beispiel international gehandelte gewerbliche Erzeugnisse im Preisindex zu berücksichtigen. Es sind dieselben Globalisierungseffekte, die dazu geführt haben, dass die Preise für diese Güter derzeit wenig Aufwärtsbewegung zeigen und sogar auf einen Abwärtstrend schließen lassen. Insgesamt betrachtet ist im Einklang mit unserer geldpolitischen Strategie eine umfassende und vorausschauende Analyse der wichtigsten Entwicklungen, die den Aussichten für die Preisstabilität zugrunde liegen, geboten. Diese umfassende Beurteilung schließt die aus verschiedenen Inflationsmessgrößen gewonnenen Informationen mit ein.

Einen wichtigen Beitrag für unsere Analyse liefern die von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen. Danach liegt die durchschnittliche HVPI-Inflation im Jahr 2005 zwischen 2,1 % und 2,3 % und im Jahr 2006 zwischen 1,6 % und 2,6 %. Diese Ergebnisse bedeuten eine Aufwärtskorrektur der Projektionen der EZB-Experten vom September 2005. In erster Linie sind sie ein Ausdruck dafür, dass nicht mehr damit gerechnet wird, dass die Effekte der statistischen Behandlung der Gesundheitsreform 2006 in den Niederlanden die Inflationszahlen für 2006 verzerren. Für 2007 wird eine durchschnittliche Inflationsrate von 1,4 % bis 2,6 % projiziert. Diesen Projektionen liegt die Annahme zugrunde, dass sich

die Lohnsteigerungen wie schon in den letzten Quartalen weiter in Grenzen halten werden. Die jüngsten Prognosen internationaler Organisationen zeichnen ein weitgehend ähnliches Bild.

Nach Auffassung des EZB-Rats bleibt das aus der wirtschaftlichen Analyse hervorgehende Hauptszenario für die Preisstabilität mit Aufwärtsrisiken behaftet. Diese Risiken ergeben sich aus der Unsicherheit im Zusammenhang mit der Entwicklung am Ölmarkt, der Weitergabe der Ölpreissteigerungen über die inländische Produktionskette an die Verbraucher, den potenziellen Zweitrundeneffekten durch das Lohn- und Preissetzungsverhalten sowie aus weiteren Erhöhungen der administrierten Preise und indirekten Steuern.

Die **monetäre Analyse** deutet auf zunehmende Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht hin. Nach Maßgabe aller relevanten Messgrößen ist im Euroraum reichlich Liquidität vorhanden. Die seit Mitte 2004 zu beobachtende Beschleunigung des Geldmengenwachstums hat sich in den vergangenen Monaten weiter verstärkt. Der Anstieg des Geldmengenaggregats M3 wurde vor allem von den liquidesten Komponenten bestimmt, was den zunehmend dominanten Einfluss des niedrigen Zinsniveaus bestätigt. Auch das Wachstum der Kreditvergabe, insbesondere der Hypothekarkredite, ist nach wie vor kräftig. Vor diesem Hintergrund muss die Preisdynamik an einer Reihe von Immobilienmärkten genau beobachtet werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die **Gegenprüfung** der wirtschaftlichen Analyse anhand der monetären Analyse die gestiegenen Risiken für die Preisstabilität bestätigte. Eine Anpassung unseres geldpolitischen Kurses war somit gerechtfertigt. Der heutige Zinsbeschluss wird dazu beitragen, dass die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen weiterhin mit Preisstabilität im Einklang stehen. Durch eine feste Verankerung der Inflationserwartungen auf einem Niveau, das mit Preisstabilität vereinbar ist, kann die Geldpolitik weiterhin einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Erholung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Euroraum leisten. Daher werden wir alle Entwicklungen, die die Aussichten für die Preisstabilität auf mittlere Sicht beeinflussen könnten, auch weiterhin genau beobachten.

Was die **Finanzpolitik** betrifft, so sind die Euro-Länder gerade dabei, ihre Haushaltspläne und Stabilitätsprogramme für das Jahr 2006 zum Abschluss zu bringen. Die Pläne zur Förderung solider öffentlicher Finanzen und zur Durchführung finanzpolitischer Reformen, die das Wirtschaftswachstum stärken und auf die Herausforderungen durch die Bevölkerungsalterung in einigen Ländern vorbereiten, sind zu begrüßen. In Ländern, die Haushaltsungleichgewichte aufweisen, ist das Konsolidierungstempo allerdings enttäuschend langsam, und es besteht ein großes Risiko, dass die eingegangenen Verpflichtungen nicht eingehalten werden. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Haushaltskonsolidierung im Rahmen eines umfassenden und wachstumsfreundlichen Reformprogramms wieder Vorrang eingeräumt wird. Dies würde das Vertrauen in den Stabilitäts- und Wachstumspakt stärken und am besten dafür sorgen, dass die Finanzpolitik im Euro-Währungsgebiet dem Wirtschaftswachstum zuträglich ist.

Was die **Strukturreformen** angeht, so hat der EZB-Rat die nationalen Lissabon-Reformprogramme für 2005 bis 2008 willkommen geheißen, die von den EU-Mitgliedstaaten im Oktober und November 2005

im Einklang mit der überarbeiteten Strategie von Lissabon vorgelegt wurden. In diesen Programmen werden wichtige länderspezifische Herausforderungen und strukturpolitische Reformmaßnahmen zur Steigerung des Wachstums und der Beschäftigung dargelegt. Parallel dazu wurde von der Kommission im Juli 2005 ein Lissabon-Programm der Gemeinschaft beschlossen, das die nationalen Programme durch auf europäischer Ebene zu ergreifende Maßnahmen ergänzen soll. Zusammengenommen zeugen die Programme von einem begrüßenswerten politischen Engagement seitens der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft, das der Durchführung von Strukturreformen neue Impulse verleihen könnte. Zu diesem Zweck ist es wichtig, ehrgeizige Ziele mit konkreten politischen Maßnahmen zu kombinieren und neue Reforminitiativen zu ergreifen sowie den Reformprozess wirksam zu überwachen, zu evaluieren und zu kommunizieren. Die Erreichung der Ziele der Lissabon-Strategie ist angesichts der dreifachen Herausforderung, die aus der sich beschleunigenden Globalisierung, dem raschen technologischen Wandel und der alternden Bevölkerung resultiert, von entscheidender Bedeutung.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Direktion Kommunikation

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 69 1344 8304, Fax: +49 69 1344 7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.